

Ausbildungsprogramm über 250 Mio. in 1991 und 1992

Betrieben in Ostdeutschland mit bis zu 20 Beschäftigten am 1.4.91 zahlt die Bundesregierung auf ein Jahr befristet 5000 DM für jeden zusätzlichen Ausbildungsplatz. Die Prämie soll nach Ablauf der Probezeit gezahlt werden und damit dem Lehrstellenmangel im Osten entgegenwirken. In diesem und im nächsten Jahr werden zusammen 250 Mio. DM bereitgestellt, davon 75 Mio. durch Umschichtungen im Bildungshaushalt.

Die BA stellt 1991 für Ausbildungslehrgänge und berufsvorbereitende Lehrgänge außerhalb von Betrieben 663 Mio. DM bereit.

Auszubildende sind von Treuhandunternehmen entgegen oft geäußerten Vermutungen kaum entlassen worden; der Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten liegt dort mit 5,2% immer noch höher als im Durchschnitt der Industrie in der ehemaligen DDR. Allerdings droht sich die Ausbildungssituation im Herbst 1991 deutlich zu verschlechtern, da in Treuhandunternehmen nur etwa die Hälfte der erforderlichen Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen wird. Besonders stark gehen dort die Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen zurück.

Angesichts des Bewerberpotentials von 120 000 bis 130 000 wird auch an Ausbildungspartnerschaften zwischen Betrieben in Ost und West, flächendeckende überbetriebliche Ausbildungsringe, neue Finanzierungsmodelle als Übergangslösung für ausbildende Treuhandunternehmen sowie die Überleitung der Ausbilder in neue Ausbildungseinrichtungen gedacht. Die SPD forderte ein Aktionsprogramm von Bund und BA über knapp 3,4 Mrd. DM bis 1994.

